

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radesornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wih. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 43

Anzeigenpreis: für 1mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig. Retame 40 Goldpfennig. — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver

Samstag, den 19. Februar

Erscheint wöchentlich 6 mal

Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1927

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichswehrminister Dr. Geßler gab im Haushaltsausschuß die neuen Richtlinien bekannt, nach denen der Offiziersersatz geregelt werden soll.

* Der deutsche Gesandte in Warschau soll weitere Schritte wegen der von Polen gehandhabten Ausweisungspraxis unternehmen.

* Die französische Kammer hat Poincaré mit großer Mehrheit ihr Vertrauen ausgesprochen.

* Zwischen England und der Kantonnregierung steht eine Einigung über die britischen Konzessionen in Kantau bevor.

Bertauschte Rollen.

Rechter Hand — linker Hand — man wird sich bald in den verworrenen Verhältnissen der Gegenwart gar nicht mehr zurechtfinden können. Wer kürzlich in den Berlin-Moabiter Justizpalast in einen Gerichtssaal hineingeriet, in dem, wie der ungewöhnliche Menschenandrang vermuten ließ, besondere Ereignisse vor sich gehen mußten, der konnte auf der Anklagebank neben einem Journalisten einen wohlbestallten Rechtsanwalt auf der einen und einen zwar noch nicht angestellten, aber immerhin doch schon amtierenden Staatsanwaltsassessor auf der anderen Seite bewundern, beide der schweren öffentlichen Beleidigung eines hohen Richters bezichtigt. Und Richter und Geschworene eines früheren Meineidsprozesses mußten hier als Zeugen vernommen werden, um einen Tatbestand zu klären, der sonst unter dem strengen Schutz des gesetzlichen Berufsgeheimnisses vor den Blicken einer wüßbegierigen Öffentlichkeit geschützt bleibt.

Ein oder zwei Tage später und wieder sitzt ein Rechtsanwalt, seines schwarzen Talar für immer entkleidet, auf der Anklagebank. Diesmal unter der Beschuldigung, an dem Verbrechen der Attentatsmittäterschaft zu haben, und er wird, während im ersten Falle hohe Geldstrafen über die Rechtsverteiler verhängt wurden, auf ein Jahr ins Gefängnis gesteckt. Und zum drittenmal sieht man einen Staatsanwaltsassessor auf der Anklagebank, gleichfalls wegen Untreue im Amt zur Rechenschaft gezogen, für die er sich von seinen Gevattern mit lumpigen fünfzig Mark abfinden ließ, während diese selbst den Löwenanteil an den durch ihre strafbare Handlung erzielten Geldsummen an sich brachten.

In allen diesen Fällen hatte man es unzweifelhaft mit wahrhaften Justizbessenen zu tun. Doch, um zu dem Schaden auch noch den Spott zu gefallen, bedurfte es, ebenfalls in dem sonst doch angeblich so hellen Berlin, erst einer regelrechten Entlarvung eines früheren Kellners, der wohl über ein halbes Jahr lang als regelrechter Gerichtsassessor bei verschiedenen Rechtsanwälten der Reichshauptstadt Hilfs- und Vertreterdienste geleistet hatte, um diesem munteren Kumpan der Götin Justitia das Handwerk zu legen. Wie pflegte man sonst auch in Juristentreisen über die falschen Ärzte die Nase zu rümpfen und wohl auch über gestrauchelte Jünger Astutaps den Stab zu brechen, wenn die Gerichte sich mit ihnen, sei es beim Vorliegen von sogenannten Kunstfehlern oder gar bei gewissen verbotenen Handlungen, befassen mußten. Der nimmer ruhende „Horschrift“ der Zeit führt nun auch rechtsbessende Anwälte und Assessoren in steigender Zahl vor den Stab. Man wird bestimmt nicht zu scharf urteilen, wenn man diese Vertauschung der Rollen zwischen Anklägern und Verteidigern mit Angeklagten und Verurteilten als Anzeichen eines bedenklichen Niederganges in einem Berufe bezeichnet, auf dessen peinlichster Reinerhaltung ein wesentlicher Teil unseres staatlichen Lebens beruht.

Auch in der Politik wird heute oft mit vertauschten Rollen gekämpft. Wer gestern noch in der Opposition war, ist über Nacht an verantwortliche Stelle getreten, von der aus sich die Dinge, das weiß man aus vielfältiger Erfahrung, doch zuweilen ganz anders ansehn als von der Bank der Spötter, die es leicht haben, nur immer die Seite der Dinge zu kennen, die ihnen gefällt oder vielmehr nicht gefällt, um daran ihre mehr oder weniger scharfe Kritik zu üben. Wenn aber die polnische Regierung sich heute hinstellt und aus der Rolle der Angeklagten, die ihr gebührt, hinüberwechselt auf den Sessel des Staatsanwalts, der das Deutsche Reich einer illiberalen, das heißt also auf deutsch: einer rückständigen, einer kulturwidrigen Fremdenpolitik zeugt, so liegt hier wirklich eine Annäherung vor, eine Überhebung, die eigentlich von der ganzen Welt mit schallendem Gelächter aufgenommen werden müßte. Denn nirgends wird wohl zurzeit das Gastrecht weniger respektiert als gerade in der Polnischen Republik, während die Langmut der deutschen Regierung gegenüber gewissen polnischen Elementen, mit denen sich unsere Gerichte viel weniger beschäftigen konnten, als es angebracht wäre, nahezu unbegrenzt zu sein scheint.

Aber die Welt denkt auch diesmal gar nicht daran, den polnischen Rollenaustausch als das zu behandeln, was er ist: als eine Friedensstörung von ganz ungewöhnlicher Dreistigkeit. Nicht nur, daß die Franzosen selbstverständlich alle polnischen Lügen und Verleumdungen ungeschehen übernehmen, ja, wenn irgend möglich, noch aus Eigenem übertrumpfen, auch die große englische Presse leistet den Warschauer Brumenvergiftungen freundliche Sekundantendienste — natürlich nicht aus innerer Überzeugung von der Güte der polnischen Sache, sondern, weil ihr daran liegt, Deutschland als vermeintlichen Freunde Rußlands ins Unrecht zu setzen. Die Gegnerschaft Rußlands steht im Mittelpunkt der britischen Gesamtpolitik, ihr haben sich alle fontänen Ge-

Niederlassungsverhandlungen mit Polen

Weitere deutsche Schritte in Warschau

Sicherungen gegen die polnische Ausweisungspraxis.

Nach einer in der Warschauer Presse von dem polnischen Außenministerium veröffentlichten Erklärung lehnt die polnische Regierung sofortige Verhandlungen mit Deutschland über die Niederlassungs- und Ausweisungsfrage ab, erklärt sich aber zur Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen bereit. Eine besondere vertragliche Bindung in der Ausweisungsfrage lehnt die polnische Regierung mit der Begründung ab, daß Polen mit keinem Land besondere Verträge über Niederlassung und Ausweisung habe und daß die Rechtsstellung der Fremden in Polen durch eine liberale innere Gesetzgebung geregelt sei. Hierzu wird von maßgebender deutscher Seite erklärt:

Deutschland hat eine ganze Reihe von Handelsverträgen geschlossen, in denen auch die Ausweisungsfrage geregelt ist. Die innere Gesetzgebung Polens über das Fremdenrecht gibt den nachgeordneten Behörden eine ungewöhnlich weitgehende Machtbefugnis, die in außerordentlich zahlreichen Fällen zu Ungunsten der Reichsdeutschen ausgeübt worden ist, wie auch die bekannten oberflächlichen Ausweisungsfälle aus jüngster Zeit beweisen. Angesichts dieser Praxis ist es auf deutscher Seite von Anfang an für unbedingte erforderlich gehalten worden, die Ausweisungsfrage im Rahmen der Niederlassungsbestimmungen des Handelsvertrages mit zu regeln. Es sollte sich bei dieser Regelung nach deutscher Auffassung nicht etwa um eine ungewöhnliche Einschränkung des Rechts zu Ausweisungen, sondern nur darum handeln, ebenso wie in anderen Verträgen die in der völkerrechtlichen Praxis allgemein üblichen Kategorien von Ausweisungsgründen zu umschreiben. Auch sollte dies selbstverständlich nicht in der Form einer einseitigen Bindung Polens, sondern auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit geschehen.

Erst infolge des Widerstandes der polnischen Delegation gegen eine Behandlung der Ausweisungsfrage ist von deutscher Seite versucht worden, diesen Punkt durch besondere Verhandlungen auf diplomatischem Wege in Warschau zu regeln. Die Erklärung der polnischen Regierung gibt keine völlige Klarheit darüber, ob die polnische Regierung nunmehr der Einbeziehung der Ausweisungsfrage in die Handelsvertragsverhandlungen zustimmt und nur eine gesonderte vertragliche Regelung dieser Materie ablehnt, oder ob sie nach wie vor die Ausweisungsfrage ausschließlich der innerpolnischen Gesetzgebung vorbehalten will. Es wird daher durch weitere deutsche Schritte in Warschau Klarheit darüber

zu schaffen sein, ob auf irgendeinem Wege eine befriedigende Regelung der Ausweisungspraxis zu erzielen ist und damit die gegenwärtigen Schwierigkeiten für die Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beseitigt werden können. Sollte Polen jede Regelung auf diesem Gebiet ablehnen, so wäre dies der deutlichste Beweis dafür, daß es seine willkürliche Ausweisungspraxis fortsetzen will.

Polen will keinen Handelskrieg.

Der polnische Handelsminister Dr. Kwiakowski gewährt einem Vertreter des „Kurjer Poranny“ eine Unterredung, in der er darauf hinweist, daß Polen eine Verlängerung des deutsch-polnischen Zollkrieges nicht wünsche, wenn auch die bisherigen Ergebnisse des Zollkrieges für Polen nicht ungünstig seien. Auf die Frage, ob die polnische Regierung die Absicht habe, auf die Taktik der Reichsregierung mit Sondermaßnahmen zu antworten, antwortete Dr. Kwiakowski, daß die polnische Regierung trotz allem aus eigener Initiative nichts unternehmen wolle, was die Handelsbeziehungen mit Deutschland verschärfen könnte, nur könne Polen nicht ohne weiteres und einseitig Deutschland jene rechtlichen und wirtschaftlichen Vorteile einräumen, die ihm auf Grund eines zukünftigen Handelsvertrages zuerkannt werden könnten.

Amerikanischer Mahnruf an Polen.

Das „New York Journal of Commerce“ schreibt in einem Leitartikel über die Schwierigkeiten der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen: Polen leide unter dem gegenwärtigen Zustand ein gut Teil mehr als Deutschland, habe aber trotzdem auf Kosten seines Handels oft eine Deutschland aufreizende Politik verfolgt. Polen wünsche den deutschen Einfluß innerhalb seiner Grenzen im Interesse seiner politischen Sicherheit auszuschalten. Jede Nationalisierungspolitik, die zu Massenausweisungen, Vertreibungen und jeder Art von Sonderbehandlung nicht polnischsprechender Einwohner führe, sei ganz besonders unvereinbar mit einem nützlichen und friedlichen Handelsverkehr. Solange Polen für seine so schwer errungene Unabhängigkeit fürchte und diese durch die angewandten Methoden zu schützen suche, könne der Handelsverkehr mit Deutschland nie auf einer gefunden dauernden Basis wieder hergestellt werden. Viele, die mit der nationalen Beforgnis eines neuen Staates in der prekären Stellung Polens in Europa sympathisieren, würden dessenungeachtet empfinden, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung nur erreicht werden kann durch die Annahme des Geistes von Locarno, der das Vertrauen zu dem guten Glauben Deutschlands in sich schließt.

fichte Punkte und Erwägungen bis auf weiteres unbedingt unterzuordnen. Deutschland wird trotzdem seinem ökonomischen Nachbarn gegenüber Recht und Würde zu wahren wissen. Schon aus Gründen der Selbstachtung kann es nicht darauf verzichten, der polnischen Lügenhaftigkeit die deutsche Wahrheit entgegenzusetzen und aufrechtzuerhalten.

Dr. Eh.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die deutsch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen.

Sämtliche Programmpunkte der in Prag geführten tschechoslowakisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen wurden, soweit sie für die gegenwärtige Tagung der beiden Delegationen in Prag festgesetzt waren, erledigt und die Tagung geschlossen. In den Verhandlungen tritt nunmehr eine dreiwöchige Unterbrechung ein, welche zur Vorbereitung der weiteren Verhandlungen benutzt werden wird. Die gemeinsame Beratung der beiden Delegationen wird am 15. März in Berlin wieder aufgenommen werden.

Eine kommunistische Anfrage zum Fall Reudell.

Im Preussischen Landtag ist eine Große Anfrage der kommunistischen Fraktion eingegangen, die sich mit den Ausführungen des Reichstanzlers Dr. Marx vom 11. Februar im Reichstage zum Fall Reudell beschäftigt. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es zutrefte, daß es Herrn von Reudell, einen Anhänger Kapps, ohne eine Untersuchung gegen ihn durchzuführen, wiederum in den Staatsdienst aufnehmen wollte, und daß diese Wiederbenutzung lediglich auf der Weigerung Reudells selbst beruhte. Wer war für die Behandlung des Falles Reudell innerhalb des preussischen Staatsministeriums zuständig, auf wessen Vorschlag und mit welcher Begründung erfolgte die Aufforderung zur Wiederbenutzung im Staatsdienst? Ist das Staatsministerium bereit, sämtliches Material über die Tätigkeit Reudells in den Märztagen 1921 dem Landtag zu unterbreiten und die Gründe mitzuteilen, warum eine Untersuchung bzw. ein Disziplinarverfahren nicht durchgeführt worden ist?

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsrat stimmte dem vom Reichstag bereits angenommenen Gesetz über die Hinausschiebung der Aufhebung der privaten Vorschulen mit Mehrheit zu. Nur Hamburg legte durch seinen Vertreter Einspruch gegen diesen Beschluß ein.

Speyer. Der Pfälzische Kreistag nahm eine Resolution an, in der erneut die schnelle Aufhebung der Besetzung gefordert wird. Wenn es mit Bitterversöhnung und wirklichem Frieden ernst sei, der könne nimmermehr einen

Zustand dulden, der jeden Tag den Abgrund zwischen zwei Völkern tiefer aufreißt.

Posen. Der polnische Staatspräsident Mosicki, der in Posen eingetroffen ist, hat im ehemaligen Kaiserhof Wohnung genommen. Bemerkenswert war, daß die Reichsverbände, die Sokol- und die Haller-Organisationen an dem Spalier für den Präsidenten nicht teilgenommen haben.

Paris. Poincaré stellte in der Kammer im Laufe der Diskussion über die Zusage der Vertrauensfrage, als von kommunistischer Seite versucht wurde, eine Herabsetzung der Steuern auf Automobile und Automobilboote durchzusetzen. Der kommunistische Antrag wurde mit 363 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

London. „Times“ berichtet aus Tientsin, daß ein chinesischer General in der Eingeborenenstadt öffentlich hingerichtet wurde. Er soll gefangen haben, mit Hilfe zahlreicher bormaliger Soldaten wohlhabende Chinesen beraubt zu haben.

Deutscher Reichstag.

(272. Sitzung.) OB. Berlin, 18. Februar.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung von elf Abgeordneten, darunter der Böttichen Kube und Graf zu Reventlow, wegen Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik wird nicht erteilt. Darauf wurde die erste Lesung des Etats fortgesetzt.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.) stellte als Gesamtergebnis der bisherigen Aussprache fest, daß die Rede des Finanzministers eine verhältnismäßig günstige Aufnahme gefunden habe. Der Minister befände sich beim Beginn seiner Tätigkeit in der entgegengesetzten Lage wie sein Vorgänger, dessen Verdienste auf anderen Gebieten nicht verkannt werden sollen. In der Beurteilung der Reichsholischen Finanzpolitik bestehe eine gewisse Übereinstimmung bei den Parteien. Die Argumente des früheren Ministers Dr. Reinhold seien schon dadurch hinfallen geworden, daß er sich entschließen mußte, die 500-Millionen-Anleihe noch in diesem Etatsjahre anzunehmen. Trotz der geringen bisherigen Erfolge sollte das Arbeitsbeschaffungsprogramm möglichst schnell durchgeführt werden. Weiter erklärte der Redner die Senkung der Realsteuern als auch im Interesse der Arbeitnehmer liegend, auf die diese Steuern vielfach abgewälzt würden. Die Löhne müßten nicht nur um den Betrag der Realsteuern erhöht werden, sondern man brauche eine Steigerung der Reallohn, um den inneren Markt zu stärken. Diese Besteuerung des Großgrundbesitzes müsse anders geregelt werden. Es gehe nicht länger an, daß Großgrundbesitzer jahrelang keine Einkommensteuern zahlten.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vag.) bezeichnete die zu hohen Einnahmeschätzungen im Etat vom außenpolitischen Standpunkt aus als einen großen Fehler, weil dadurch der falsche Eindruck erweckt würde, als könne Deutschland noch weit höhere Lasten tragen. Weiter wurde der Finanzausgleich als der Mittelpunkt der politischen Probleme der nächsten Jahre bezeichnet. Der endgültige Finanzausgleich werde voraussichtlich mit der Höchstbelastung durch die Dawes-Verpflichtungen zusammenfallen. Ein Etatsarundesek, wonach Aus-

gaben nicht ohne Deckung beschaffen werden dürften, wäre dann nur annehmbar, wenn dadurch nicht die Fortführung notwendiger sozialer Aufgaben verhindert werde. Wenn der Minister selbst daran zweifelt, ob Deutschland die gesteigerten Dames-Lasten aufbringen kann, dann solle man nicht die Wirtschaft vorher durch übermäßige Steuerlasten zugrunde richten. Der Redner meinte dann, daß der Entwurf des Finanzgesetzes an dem Kernproblem der Finanzwirtschaft vorbeiginge. Vom Reiche aus müßten die Einkommensteuern herabgesetzt werden und den Gemeinden das Zuschlagsrecht gegeben werden. Da der vorliegende Etat ein Schreckgebilde und nicht tragbar sei, so lehnten seine Freunde die Verantwortung dafür ab.

Abg. Merl (Bayer. Vp.) erklärte, seine Partei hätte schon im vorigen Jahre die schwersten Bedenken gegen die Herabsetzung der Umsatzsteuer geäußert. Der Mangel an neuen Vorschlägen in der Rede des Finanzministers sei als ein Vorzug zu betrachten. Die Steuererhebung müsse sich jetzt erst einmal in Ruhe einleben. Der Redner ist weiter trotz aller Mängel damit einverstanden, daß die bisherige Bewertung landwirtschaftlicher Grundstücke für ein weiteres Jahr gelten solle.

Der Redner trat weiter für die Rechte des Reichsrates ein, der mit dem Reichstag gleichberechtigt sei. Er begrüßte die Absicht, mit den süddeutschen Ländern eine Einigung über die Verteilung der Einkommensteuern zu erzielen. In der Frage des Finanzgesetzes sei die Haltung der Bayerischen Volkspartei wesentlich abhängig von der richtigen Umgestaltung des Paragraphen 35 über die Zuschlagszuschüsse für die kleinen Länder. Bayern verlange beim Finanzgesetz keine Bevorzugung sondern nur das Existenzminimum.

Abg. Schröder-Mecklenburg (Völk.) verlangte eine Erhöhung der Beiträge der Kriegsschädigten, der Auslandsdeutschen und anderer Geschädigter. Er bezeugte weiter die Steuerentlastung Reichs als richtig. Nur die Auswahl der Steuerarten als verfehlt. Er verlangte endlich zur Sichtbarmachung der Dames-Belastung, die verschiedenen Waren mit einer besonderen Dames-Abgabe zu belegen.

Abg. West (Hosp. der Völk. Arbeitsgem.) trat für eine Revision der Aufwertungsgeetze zugunsten der Gläubiger ein. Darauf vertagte sich der Reichstag auf Sonnabend mittag.

Preussischer Landtag.

(248. Sitzung.) tt. Berlin, 18. Februar.

Ohne Aussprache werden die Entwürfe über die Aufwertung von Erbpachtzinsen, Grundmieten, Erbrenten und ähnlichen Ansprüchen sowie über die Aufwertung von Versicherungssummen gegen öffentliche Feuerversicherungsanstalten der Ausschussberatung überwiesen, ebenso der Antrag sämtlicher Parteien auf Aufnahme eines Darlehens bis zu 30 Millionen Mark zur Durchführung der Reichshilfe für die östlichen Grenzgebiete. Der sozialdemokratische Antrag, der Ausnahmefälle, welchen Standpunkt das preussische Staatsministerium bei den Beratungen des neuen Straßengesetzes im Reichsrat zu den grundlegenden Fragen des Entwurfes eingenommen hat, wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Das Haus geht über zur Beratung des Ausschussberichts über die Bildung eines neuen Ausschusses für die westlichen Grenzgebiete.

Der Ausschuss empfiehlt, den bisherigen Ausschuss für die besetzten Gebiete aufzuheben und alle bisherigen und neuen Anträge einem neuen Ausschuss zu überweisen. Von deutscher Seite wird widersprochen. Die Ausschussbeschlüsse werden jedoch mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen und damit die Bildung des neuen Ausschusses bestätigt. Das Haus geht über zur Beratung über die Anträge zur

Girssler-Verordnung

betr. Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Wohnungszwangsbewirtschaftung. Im Ausschuss hat lediglich der deutschnationaler Vorschlag auf Einrichtung amtlicher Schiedsstellen und der Antrag der Demokraten auf Herausnahme der Atelierräume bildender Künstler Annahme gefunden. Unter den neu eingegangenen Anträgen befindet sich auch das kommunalistische Mißtrauensvotum gegen den Wohlfahrtsminister.

Es entwickelt sich eine längere Auseinandersetzung.

Minister Girssler

weist darauf hin, daß seine Verordnung auf Widerruf erlassen ist und daß er sie widerrufen werde, wenn entsprechendes Material herbeigeschafft wird. (Großer Lärm links. Kundgebungen auf den Tribünen.) Tatsächlich seien bisher nur wenige Beschwerden eingegangen. Der Minister verliest einige Zahlen aus verschiedenen Gebieten und erklärt u. a., von den 423 Beschwerden aus Brandenburg seien 401 von Berlin gekommen. (Der kommunalistische Abg. Gohlke nennt den Minister einen Schwindler und wird zur Ordnung gerufen.) Eine ganze Reihe von Fällen sei doppelt aufgeführt. Mindestens 300 000 gewerbliche Mieter hätten sich nicht beschwert.

Glauben Sie, daß ich, der fünf Jahre für den ungeschmälerten Mieterschutz eintrat, leichten Herzens an die Verordnung herangegangen bin? Wenn Sie aber sagen, es würden durch die Verordnung Existenzen vernichtet, so müßten wir eben ein Gesetz annehmen, daß keine Existenz in Preußen mehr vernichtet werden darf. Bei diesen Worten des Ministers entsteht

großer anhaltender Lärm links.

(Dauernde Kundgebungen auf den Tribünen, in welche die Glocke des Präsidenten schallt.) Der Minister fährt fort: Es waren sehr ernste Zweifel dafür vorhanden, ob nicht im Reichsrat sich eine Mehrheit überhaupt für die Aufhebung

des Reichsmietengesetzes und der Mieterschutzgesetzgebung finden würde. (Lebhafte Aha!-Rufe links.) Wo war denn die jetzt künstlich entzündete große Erregung, als Hunderttausende von Beamten abgebaut und als Millionen von Arbeitern entlassen wurden? Viele Worte des Ministers gehen in der allgemeinen Unruhe unter. Der Minister schließt:

Es gibt jetzt nur einen Weg: entweder bleibt die Verordnung unverändert bestehen, oder sie wird aufgehoben. Wie das Haus auch entscheiden möge, ich werde meine Konsequenzen daraus ziehen. (Stürmische Kundgebungen links und auf den Tribünen.)

Abg. Ladenborff (Wirtsch. Vgg.) tritt unter lebhafter Wendung nach links für die Verordnung ein.

Abg. Wiegandshaus (Völk.) führt aus: Wir sind für Aufhebung der Einzelverordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 in Bezug auf die gewerblichen Räume, solange die notwendigen Sicherungen gegen Ausbeutung des Mietsstandes fehlen.

Kündigungen bis 30. September hinausgeschoben.

Nach weiterer kurzer Beratung schreitet das Haus zu der Abstimmung. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Verordnung über die Forderung des Mietschubes aufzuheben, wird mit 222 gegen 144 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Der demokratische Antrag, die Verordnung dahin abzuändern, daß sie sich nur auf die Vorschriften des Wohnungsmangels, nicht aber auf die des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes bezieht, Kündigungen und Mietssteigerungen als ausgeschlossen bleiben sollen, wird mit 204 gegen 163 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Völkischen abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag auf Herausnahme der gewerblichen Räume aus der Verordnung wird abgelehnt.

Als alle anderen Änderungsanträge der Demokraten und Sozialdemokraten wegen einer Hinausschiebung der Kündigungsfrist gegen die gleichen Stimmen abgelehnt zu werden scheinen, verlangen die Linksparteien stürmisch, daß der Präsident die Gegenprobe durchführe. Bei der Gegenprobe erheben sich geschlossenen die Deutschnationalen und das Zentrum gegen den demokratischen Antrag, der die Kündigungsfrist vom 1. April bis 30. September 1927 hinauschieben wollte. Dieser Antrag wird mit den Stimmen der Linksparteien bei Enthaltung der Deutschen Volkspartei angenommen.

Nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses kommt es zu stürmischen Tumulten im Hause und auf den Publikumstribünen, die auf Anordnung des Präsidenten Bartels geräumt werden. Inzwischen dringt eine Anzahl Tribünenbesucher auf eine Aufforderung von kommunistischer Seite hin, erneut in die Publikumstribünen ein. Präsident Bartels ist dem ungeheuren Tumult gegenüber völlig machtlos und verläßt schließlich seinen Präsidentensstuhl. Die Beratungen werden schließlich auf Sonnabend vertagt. Auch nach der Sitzung hält die Erregung im Hause an, so daß eine größere Anzahl Kriminalbeamter eingesetzt werden muß, um die Tribünen endgültig zu räumen.

Die Richtlinien der Reichsregierung.

Eine nachträgliche Veröffentlichung.

Der authentische Wortlaut der Richtlinien und der protokolllarischen Zusätze, die während der Regierungsverhandlungen als Grundlage der Besprechungen dienten und deren Inhalt inzwischen in die Erklärungen der Reichsregierung und der Regierungsparteien aufgenommen ist, wird jetzt auf Beschluß der Koalitionsparteien veröffentlicht.

In den Richtlinien wird Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenseitiger friedlicher Verständigung, Anerkennung der Rechtsgültigkeit von Locarno sowie loyale gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund festgelegt. In der Innenpolitik wird Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform, Schutz dieser Verfassung und der verfassungsmäßigen Reichsfarben zugesagt, ebenso ein Vorgehen gegen alle Vereinigungen und Bestrebungen, die den Umsturz der bestehenden Staatsform bezwecken.

Bezüglich der Reichswehr wird deren Angehörigen die Zugehörigkeit zu politischen Verbänden aller Richtungen verboten. Außerdem soll eine Rekrutierungsordnung erlassen werden, nach der keine verfassungswidrigen Personen in die Reichswehr aufgenommen werden können. Bei den Kulturfragen ist der Erlaß eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechts in Aussicht genommen. Weiterhin wird grundsätzliche Gleichstellung der vorgehenden Schulklassen sowie Sicherung des Religionsunterrichts gewährleistet.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik soll als erster Schritt die Schaffung einer umfassenden Arbeitschutzgesetzgebung erfolgen. Darin soll die Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsruhe geregelt werden. Als dringlich wird in den Richtlinien die Verabschiedung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit bezeichnet. Aufbau und Verfahren der Sozialversicherung sollen nach Möglichkeit vereinfacht werden. Schließlich ist eine entschlossene Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und Fürsorge für die Erwerbslosen mit allen zweckdienlichen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Mitteln vorgesehen.

Ein Zufallsprotokoll.

In Erläuterung dieser Richtlinien haben die in der Re-

gierung zusammengeflochtenen Reichstagsfraktionen in einem Protokoll ihre einmütige Meinung über folgende Punkte festgelegt:

1. Die Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerks von Locarno wird weder völkerrechtlich noch staatsrechtlich in Zweifel gezogen.

2. Der Schutz der verfassungsmäßigen Reichsfarben erstreckt sich auch auf die Handelsflagge.

3. Der Vergangenheit und ihren Symbolen muß gleichfalls Achtung gezollt werden, was auch in der Regierungserklärung seinen Ausdruck finden soll.

4. Wichtige Anträge einer einzelnen Regierungspartei, insbesondere solche auf Änderung der Verfassung, sollen nur nach vorherigem Benehmen der Regierungsparteien untereinander gestellt werden.

Neuregelung des Offiziersfahes.

Der Reichswehrminister über das Rekrutierungssystem.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte Reichswehrminister Dr. Gessler bei der weiteren Besprechung des Reichswehretats, daß das bisherige Rekrutierungssystem absolut kein „Nährmischtdian“ sein solle. Wenn von irgendeiner Seite ein guter Vorschlag zur Rekrutierungsfrage gemacht werde, so werde dieser auf das sorgfältigste geprüft werden. Augenblicklich sei dem Reichswehrministerium aber etwas Brauchbareres und Besseres nicht bekannt. Eines dürfe man allerdings nicht tun: fortwährend experimentieren! Zur Frage des Offiziersfahes gab der Minister zu, daß es in der Tat einige Regimenter gebe, die in ihren Offizierskorps verhältnismäßig viel Adlige hätten. Das habe aber seinen einfachen Grund darin, daß diese Regimenter aus den ehemaligen Garde- und Kavallerieregimentern zusammengelegt worden seien.

Im übrigen werde der Offiziersfah jetzt bergefakt neu geregelt, daß alle Vorkerkungen zu streichen sind.

Hangtschau von den Südtruppen besetzt.

Entschädigung für den Deutschen Bismarck.

Die Truppen des Generals Suntschuanfang ziehen sich allgemein von Hangtschau zurück, das die Südtruppen, ohne einem Widerstande zu begegnen, besetzten. 10 000 Mann der Armee Suntschuanfangs befinden sich an mehreren Punkten der Eisenbahnlinie Schanghai—Hangtschau zwischen Kiangling und Sungking, was darauf deutet, daß die Truppen Suntschuanfangs in Tscheking nicht halten werden.

Die nationalistische Regierung hat dem deutschen Kaufmann Bismarck, der am 3. Januar in Hankau von Chinesen mißhandelt wurde und in ein Krankenhaus gebracht werden mußte, eine Entschädigung von 3500 Dollar zuerkannt.

Nach einer Reutermeldung sind die Verhandlungen zwischen dem britischen Gesandtschaftsrat O'Malley und dem Minister des Äußeren der Kantongregierung, Tschien, nicht abgebrochen. Tschien ist jetzt bereit, ein Abkommen über die britische Konzession von Hankau zu unterzeichnen.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 19. Februar 1927.

Ein Meteor.

Zef. 63, 9: Er nahm sie auf und trug sie allezeit von alters her.

In Polen ist ein Meteor niedergegangen. Alles Volk ist entsetzt gestöhnt, denn es dachte, jetzt geht die Welt unter. Mancher wird diese Zeitungsnachricht mit Lächeln gelesen haben. Wir lächeln nicht. Gewiß, diese Angst der Leute war grundfalsch. Sie entsprang den längst überholten Auffassungen einer alten Zeit, nämlich, daß im verborgenen Weltall unheimliche Mächte am Werk seien, die darauf ausgingen, den Menschen zu schaden. Wir denken gerade umgekehrt. Auch uns lenken die Meteorsteine den Sinn in die verborgenen Tiefen des Weltalls, auch wir denken an die Macht, die sie heringesandt hat in unsere Erdenwelt. Aber uns sagt der Stein das Gegenteil. Wir wissen, daß er einen unendlichen Weg herkommt, getragen von einer ewigen Kraft, die ihn nach ganz bestimmten ewigen Gesetzen seinem Ziele zugeführt hat. Wir wissen, daß da kein Zufall waltet, auch nicht einen Meter oder eine Sekunde lang, daß alles Ordnung, unzerbrechliche Ordnung ist. Und wir wissen, daß diese Kraft und diese unzerbrechliche Gesetzmäßigkeit das ganze Weltall mit allen seinen Abgründen umfaßt und zusammenhält und daß nichts, auch nicht ein Staubchen aus diesem Zusammenhange herausfallen kann, und daß alle die Sonnen und

Der neue Bankdirektor.

Roman von Reinhold Ortmann.

107

(Nachdruck verboten.)

Es gab für ihn des Neuen und Fremdartigen mehr als genug. Aber abgesehen von den zum Teil recht malerisch gekleideten Gestalten aus den unteren Ständen, unter denen jede merkliche Hautfarbe, vom leichten Gelb bis zum tiefsten Schwarz, vertreten war, erregten nicht so sehr die fast durchweg nach der neuesten Pariser Mode gekleideten Männer, als die weiblichen Erscheinungen sein Interesse. Was man ihm immer von der Schönheit der Kreolinnen erzählt hatte, er fand es durch die Wirklichkeit doch noch übertroffen. Unter all diesen Frauen und Mädchen, die heiter plaudernd an ihm vorübergingen oder anmutig hingegossen in den Polstern rasch dahinrollender Equipagen ruhten, war kaum eine, die nicht durch den feinen Geschmack ihres Anzuges, durch das Ebenmaß ihrer Gestalt, durch die natürliche Grazie ihrer Haltung oder ihrer Bewegungen, vor allem aber durch den pikanten Reiz ihrer Gesichtszüge und durch das Feuer ihrer großen schwarzen Augen das Wohlgefallen jedes für Schönheit empfänglichen Beobachters hätte erregen müssen.

Werner Rodewaldt, der aus den bescheidensten Verhältnissen durch rastlosen Fleiß und eiserne Energie zu seiner jetzigen geachteten und verantwortungsvollen Stellung emporgeklommen war, hatte in einer mühseligen und arbeitsreichen Jugend wenig Gelegenheit zum Verkehr mit dem schönen Geschlecht gefunden. Abgesehen von einer kleinen Schülerwärmerin war sein Herz noch ganz unberührt geblieben, und so blickte er zu den Frauen mit einer Verehrung und Bewunderung empor, die ihn im Umgang mit ihnen schüchtern und beinahe unbeholfen machte. Diese anmutigen Bewohnerinnen seines neuen Aufenthaltsorts erschienen ihm vollends wie Wesen aus einer anderen Welt, und er erfreute sich an ihrer Hofseligkeit voll naiven Staunens, wie er sich an schönen Kunstwerken erfreut haben würde.

Daß er selbst mit seiner hohen Gestalt und seiner für diese Südländerinnen so fremdartigen blonden Manneschönheit einen Gegenstand schmeichelhaften Wohlgefallens bildete, bemerkte er gar nicht.

Er dachte so wenig daran, das kokette Lächeln, das manches ihm zugekehrte reizende Frauengesicht erhellte, zu seinen Gunsten zu deuten, als er die herausfordernden Blicke gewahrte, die ihm unter mancher malerisch geschulungenen Mantilla hervor aus funkelnden, nachtschwarzen Augen zugesandt wurden. Nichts lag ihm so fern als der Wunsch, in dieser neuen Welt, die mit ihrer Fülle überraschender Eindrücke zunächst noch etwas beinahe Zaubenhaftes für ihn hatte, auf Abenteuer auszugehen, und ganz bestürzt startete er, wieder vor seinem Gasthofe angelangt, auf die zierliche weibliche Gestalt, von der er sich leicht am Arm berührt gefühlt hatte, als er eben im Begriff gewesen war, das Vestibül des Hauses zu betreten.

Sie war, nach ihrem Wuchs zu urteilen, noch jung, aber ihre Mantilla war so weit über das Gesicht herabgezogen, daß er nicht viel mehr als das Weiße ihrer Augen unter dem schwarzen Spitzengewebe wahrzunehmen vermochte. Von den Zügen ihres Antlitzes sah er nichts, und ehe er noch in seiner Verwirrung eine Frage nach ihrem Begehr hatte an sie richten können, war sie schon wieder verschwunden, nachdem sie einen kleinen, flüchtigen Brief hatte in seine Hand gleiten lassen.

Der Pförtner des Hotels schielte mit einem pfiffigen Lächeln zu ihm hinüber, und Rodewaldt fühlte, daß ihm das Blut ins Gesicht stieg wie einem jungen Menschen, der zum ersten Male auf heimlichen Wegen ertappt wird. Rasch eilte er auf sein Zimmer, doch erst nach längerem Zaudern konnte er sich entschließen, den Brief zu öffnen, dessen Umschlag keine Aufschrift zeigte, und der, wie er nicht bezweifelte, nur durch ein Versehen der Lieberbringerin in seine Hände gelangt war. Auch das stark parfümierte Blatt, das er nun entfaltete, zeigte weder Anrede noch Unterschrift. Die wenigen, unverkennbar von einer Damehand in sehr feinen und gleichmäßigen Zügen geschriebenen Zeilen aber, die seinen Inhalt ausmachten, lauteten:

„Wenn Ihnen Ihr Leben und die Ruhe Ihres Herzens

lieb sind, Sennor, so seien Sie auf Ihrer Hut. Man wird Sie zu betören suchen, wie man jenen anderen betört hat, der seine Verblendung so teuer bezahlen mußte. Mißtrauen Sie denen, die Ihnen Freundschaft und Liebe heucheln, damit Sie die Nichtswürdigkeit des falschen Spiels nicht erst, gleich jenem anderen, durchschauen, wenn es zu spät ist.“

Wieder und wieder las Werner das kurze und doch so inhaltschwere Briefchen. Das korrekte Spanisch, dessen sich die Verfasserin bedient hatte, war ihm vollkommen geläufig, und er konnte den Sinn der Warnung also nicht wohl mißverstehen. Im ersten Moment hatte sie nur seine Ueberzeugung befestigt, daß das Bilette gar nicht für ihn bestimmt gewesen sei; dann aber hatte ihn der Hinweis auf jenen anderen, der seine Verblendung teuer habe bezahlen müssen, doch stutzig gemacht. Wenn es nun sein Vorgänger war, den die Briefschreiberin damit meinte — jener unglückliche Strahlendorf, der gleich ihm voll freudigster Hoffnungen hierhergekommen war, um nach einer kurzen Reihe von Monaten kläglich unter der eigenen Pistolenkugel zu enden! — Es ließ sich ja nicht mit voller Bestimmtheit erkennen, ob die geheimnisvolle Warnerin auf ihn anspielen wollte, aber je aufmerksamer Rodewaldt die rätselhafte Aufschrift Wort für Wort studierte, desto wahrscheinlicher dünkte es ihm, daß dies ihre Absicht gewesen sei. Verständlicher freilich war ihm die sonderbare Mahnung dadurch nicht geworden. Und da sich, wenn er von seinem Reisegefährten Doktor Vidal abfah, hier in diesen wenigen Stunden noch niemand um seine Freundschaft oder gar um seine Liebe beworben hatte, so fehlte es ihm auch an jeder nur halbwegs greifbaren Vermutung in Bezug auf die Person, vor der er gewarnt werden sollte. Er dachte einen Augenblick an del Vasco, der ihm ja allerdings sehr warm und herzlich entgegengekommen war, aber als er sich die Erscheinung dieses lebenswichtigen, offenen Herrn ins Gedächtnis rief, mußte er unwillkürlich lächeln bei der Vorstellung, daß dies der Mann sein sollte, durch den jemand in Verzweiflung und Tod getrieben worden sei.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Von Frau Turache und dem Kaiser von Mexiko.
Anlässlich des Todes der Kaiserin Charlotte von Mexiko hat ein Pariser Journalist die 84jährige Madame Turache besucht. Frau Turache, jetzt Pförtnerin eines Pariser Waisenhauses, war in ihren jüngeren Jahren Marfeten-derin und ging im Jahre 1863 mit „ihrem“ Regiment nach Mexiko. Sie hat dort alle Märsche und alle Schlachten des Regiments mitgemacht und zog mit dem unglücklichen Kaiser Maximilian in Orizaba ein. Maximilian hat sich, wie sie voll Stolz erzählt, ein paarmal mit ihr unterhalten und ihr, da er sie überall, wo etwas los war, zu sehen bekam, wegen ihrer Unerfahrenheit und ihres Mutes Lob gesendet. Als Napoleon seine Truppen aus Mexiko abrief, lebte auch Frau Turache nach Frankreich zurück, um sich ein paar Jahre später in einen neuen Krieg zu stürzen: den deutsch-französischen. Bei Spichern wäre sie beinahe erschossen worden, aber es lief noch alles glimpflich ab. Später wurde Frau Turache in Metz belagert, und sie sah bei dieser Gelegenheit Napoleon weinen. Wegen aller dieser kriegerischen Erlebnisse hat man der alten Dame dieser Tage die Militärdecoration verliehen.

Ernst Zahn. (Zum 60. Geburtstag.) Unter den lebenden schweizerischen Schriftstellern ist Ernst Zahn, der am 24. Januar das 60. Lebensjahr vollendet, der bedeutendste. Er wurde nach dem Tode Gottfried Kellers und Konrad Ferdinand Meyers mit Karl Spitteler und Joseph Viktor Widmann einer der Führer der neueren schweizerischen Literatur und hat auch in Deutschland eine große Lesergemeinde, die treu zu ihm hält. Seine Romane und Erzählungen mit ihrem großartigen Naturhintergrund, den ewigen Bergen, haben es zu hohen Auflagezahlen gebracht, und jedes seiner neuen Bücher wird mit neuer Freude begrüßt. Zahn war bis vor einigen Jahren in seinem bürgerlichen Beruf Verwalter der berühmten Bahnhofsverwaltung in Göschen und flog aus seiner Bergensamkeit nur selten in die Niederungen des Lebens hinab. Die Universität Genf hat ihn zum Dr. phil. ehrenhalber ernannt.

Spiel und Sport.

Sp. Reichspräsident von Hindenburg hat sein Erscheinen zur Einweihung des Stadions in Frankfurt a. d. O. (27. bis 29. Mai) zugesagt.

Sp. Van der Beer-Rösemann treffen voraussichtlich im Rahmen des Scott-Diener-Vorstellungsspiels am 4. März in Berlin zusammen. Van der Beer soll dann noch im März gegen Rudi Wagners in Hamburg, in den ersten Apriltagen gegen Haymann in Frankfurt a. M. in den Ring gehen.

Sp. Stallerlehrgänge veranstaltet der Deutsche Ruder-Verband vom 15.-30. April in Berlin, vom 1.-15. April in Hamburg u. a. zu einer noch festzusetzenden Zeit in Düsseldorf.

Sp. Beginn des Breslauer Sechstagerrenns. Das vierte Breslauer Sechstagerrennen hat am Donnerstagabend pünktlich 10 Uhr in der Breslauer Sportarena seinen Anfang genommen. Kaum hatte der Meisterläufer Schömann (W. f. B. Breslau) den Startschuss abgegeben, als Häusler bereits losging und von Manthey glänzend abgelöst wurde. Das Paar Letourneur-Kouber kam bereits bei dieser ersten Jagd in ärgste Bedrängnis. Nach einer Stunde waren 41,940 Kilometer zurückgelegt. Die einzelnen Spurts der ersten Wertung um 11 Uhr gewannen: Thollembeck, van Kempen, Nielsen, Junge, Letourneur und Häusler. Hiernach führen van Kempen-Nielsen 10 P. vor Manthey-Häusler, Skupinsky-Junge und Letourneur-Kouber mit je 8 P., Dearabe-Thol-

lembeck und Kroll-Niethe mit je 7 P. und Wambit-Lacquehay und Feja-Nieger mit je 5 P.

Sp. Zu den internationalen Holmen-Amen-Skirennen vom 3.-6. März sind bisher rund 400 Meldungen abgegeben worden.

Sp. Die Durchführung der Olympischen Spiele 1932 in Washington — an Stelle Los Angeles — aus Anlaß der großen Feierlichkeiten zum 200. Geburtstag George Washingtons soll auf dem nächsten Olympischen Kongress beantragt werden.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Die Not der landwirtschaftlichen Arbeiter.) Der Zentralverband der Landarbeiter hat unter Bezugnahme auf die programmatische Erklärung der Reichsregierung, wonach sie bereit sei, die Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebensgrundlage der Kleinbauern und Landarbeiter zu schaffen, ein Schreiben an den Reichsernährungsminister gerichtet. In dem Schreiben wird auf die große Notlage der landwirtschaftlichen Arbeiter aufmerksam gemacht. Es komme nicht allein darauf an, zu erörtern, wie es möglich sei, überschüssige Arbeitskräfte aus der Industrie in die Landwirtschaft zurückzuführen, wichtiger sei vielmehr, die landwirtschaftlichen Arbeiter der Landwirtschaft zu erhalten. Das deutsche Volk könne weder wirtschaftlich noch sozial gesund sein, wenn ein so starkes Glied wie die Landarbeiterschaft sozial, kulturell und wirtschaftlich niedergedrückt werde. Das im Osten hart bedrängte Deutschland könne auf die Dauer nicht durch eine dünne Oberschicht verteidigt werden. Deshalb sei eine Hebung der Landarbeiterschaft eine der dringendsten Aufgaben jeder Politik.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Das Urteil im zweiten Berliner Altbierbrauereiprozess. Der im Anschluß an den ersten zur Verhandlung kam, lautete folgendermaßen: Der Hauptangeklagte Justizinspektor Gustav Bahle wurde des erschweren Amtsverbrechens und der Befehlshaber schuldig befunden und von neuem zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, sowie 150 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte Kossel wurde diesmal nur schuldig befunden der Beihilfe zur Befestigung, daselbst wurde bei dem Angeklagten Dr. Schott angenommen. Kossel und Dr. Schott wurden zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Kaufmann Littauer erhielt wegen Befestigung vier Monate Gefängnis.

§ Vertagung des Revisionsprozesses Lüttich. Der Revisionsprozeß des Reichswirtschaftsministeriums gegen General von Lüttich, der vor dem 11. Zivilsenat des Kammergerichts stattfinden sollte, ist vertagt worden. General Lüttich hat bekanntlich auf Auszahlung des Gehalts vom 13. März 1920 bis zum 1. April 1920, also für die Tage des Rapp-Bußches und der darauf folgenden Zeit, in der er sich, stiefbrigend verlor, auf der Flucht im Ausland befand, geklagt. Weiterhin ging seine Klage auf Zahlung des Gehalts für das Gnadenvierteljahr vom 1. April bis 30. Juni 1920. Das Landgericht III hatte die Ansprüche General Lüttichs anerkannt, worauf das Reichswirtschaftsministerium die Entscheidung des Kammergerichts anrief.

§ Verurteilung zu 15 Jahren Zuchthaus. Der 33jährige polnische Arbeiter Stephan Kossel, der im November 1925 den Schmiedemeister Johann Biedorf am hellen Tage im Walde bei Jarischau erschossen hatte, wurde vom Altmärkischen Schwurgericht in Stendal nach zweitägiger Verhandlung zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

§ Domela-Prozess nur in Köln. Das Justizministerium hat jetzt endgültig verfügt, daß alle Straftaten des falschen Hohenzollernprinzen Domela in Köln abgeurteilt werden. Inzwischen haben sich noch einige Geschädigte gemeldet, darunter eine Frau aus Linz, die glaubt, von Domela um 8000 Mark geschädigt zu sein.

§ Wegen Vergehens gegen das Republikstufengesetz verurteilt. Vor dem Amtsgericht München hatten sich mehrere Mitglieder der kommunistischen Partei wegen Vergehens gegen das Republikstufengesetz, begangen durch Teilnahme an einer verboten kommunikativen Versammlung, zu verantworten. Vier Angeklagte wurden freigesprochen; die Arbeiter Zurl, Stenzer und Leitner wurden zu je drei Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

§ Eine französische Gattenmörderin freigesprochen. Ein tragisches Geschick ereignete sich in einem Prozeß vor dem Schwurgericht Limoges. Die Musikprofessorin Frau Regina Thabouis hatte sich wegen Ermordung ihres Gatten zu verantworten. Sie gab an, zu der Tat durch die große Enttäuschung getrieben worden zu sein, die ihr die Kriegsverfälschung ihres Mannes verursacht hatte. Die Angeklagte wurde nach mehrstündiger Beratung freigesprochen.

Börse und Handel.

Ämtliche Berliner Notierungen vom 18. Februar.

*** Börsenbericht.** Die feste Haltung dauerte an, doch hielt sich die Geschäftstätigkeit in engen Grenzen, Publikum und Spekulation verhielten sich überwiegend abwartend. Ganz vereinzelt gab es nennenswerte Kurserhöhungen, so gewonnen z. B. die Aktien der Mitteldeutschen Kreditbank 9 1/2 %. Der Geldmarkt ist unverändert flüssig, tägliches Geld 3,50-5,50 %, monatliches Geld 5,25-6,25 %.

*** Devisenbörse.** Dollar 4,21-4,22; engl. Pfund 20,43-20,49; holl. Gulden 168,64-169,06; Danz. 81,24 bis 81,44; franz. Franc 16,51-16,55; schwed. 81,01 bis 81,24; Belg. 58,60-58,74; Italien 18,16-18,30; schwed. Krone 112,44-112,72; dan. 112,31-112,59; norweg. 108,31 bis 108,59; tschech. 12,47-12,51; österr. Schilling 59,32 bis 59,46; poln. Loty (nicht amtlich) 46,09-47,01.

*** Produktenbörse.** Die auswärtigen Börsennotierungen sind überwiegend unverändert oder etwas fester als am Vortage; die Cifforforderungen für Weizen lauten von Nordamerika behauptet, vom Plata etwas schwächer, aus zweiter Hand ist wohl im allgemeinen zu letzten Preisen anzukommen. Weizen vom Inlande ist nicht viel offeriert, aber auch spärlich gefragt. Im Zeitgeschäft genügt wenige Realisationen, um die Preise zeitweise leicht zu ermäßigen. Für Roggen bleiben die Offerten der Provinz andauernd knapp. Für die Märzlieferung rechnet man auf Ankunft amerikanischer Roggens, und zunächst hielt sich neue Unternehmungslust für handelsrechtliche Lieferung zurück. Gerste in geringen Sorten über Bedarf, in guten Brauqualitäten wenig angeboten. Hafer liegt fest, es besteht zwar wenig Angebot bei merklich höheren Forderungen, aber auch die Käufer sträuben sich gegen Bewilligung der hohen Preise. Mehl ist andauernd luftlos und still.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	18. 2.	17. 2.		18. 2.	17. 2.
Weiz., märk.	263-267	264-268	Weiz. f. Br.	15,7	15,5-15,7
pommersch.	—	—	Roggl. f. Br.	15,0-15,2	15,0-15,2
Roggl., märk.	247-250	249-252	Naps	—	—
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Witt.-Erbsen	50-66	50-66
Braugerste	214-242	215-243	fl. Speiseerb.	32-34	32-34
Futtergerste	194-207	194-207	Futtererbsen	22-25	22-25
Hafer, märk.	191-201	190-200	Belustchen	21-22	21-22
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	—	—
westpreuß.	—	—	Widen	23,5-24,5	23,5-24,5
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	14,7-15,5	14,7-15,5
p. 100 kg fr.	—	—	Lupin., gelbe	16,5-17,5	16,5-17,5
Bl. br. luff.	—	—	Seraballa	26,0-28,0	25,0-27,0
Sad. (feinst.)	—	—	Rap. st. chen	16,4-16,5	16,4-16,5
Mrt. u. Rot.	35,0-37,5	35,0-37,5	Leinfuchsen	20,7-21,0	20,7-21,0
Roggenmehl	—	—	Trockenschst.	11,6-11,9	11,6-11,9
p. 100 kg fr.	—	—	Sova-Schrot	19,7-20,2	19,6-20,1
Berlin br.	—	—	Torfm. 30/70	—	—
intl. Sad.	34,2-36,3	34,4-36,5	Kartoffelfeld	28,6-28,9	28,6-28,9

*** Magerviehmarkt.** Auftrieb: 848 Stück Rindvieh, 184 Stück Kühe, 831 Stück Milchkuhe, 6 Stück Zugochsen, 9 Stück Bullen, 2 Stück Jungvieh, 708 Stück Pferde. Verlauf des Marktes: Langsame Geschäft bei gedrückten Preisen. Es wurden gezahlt für: A. Milchkuhe und hochtragende Kühe: 1. Qualität 480-600 Mark, 2. Qualität 300-480 Mark, 3. Qualität 280-300 Mark. B. Ausgefuchte Kühe über Notiz: tragende Färsen: 1. Qualität 350-490 Mark, 2. Qualität 220 bis 280 Mark. C. Zugochsen: Süddeutsches Schweißvieh Simmenthaler, Bayreuther 43-48 Mark. E. Pferdemarkt: Ausgefuchte Fohlen über Notiz. Verlauf des Marktes: Stilles Geschäft, Preise je nach Geschäft 200-1200 Mark.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Susanne Mariechen
Die glückliche Geburt einer kräftigen gesunden Tochter zeigen hocherfreut an
Richard Winkhaus u. Frau
Frieda geb. Strundt.
Carlhausen i. W., den 18. Febr. 1927.

Allgemeine Ortskrankenkasse Kierspe.
Ausschüttung
am Samstag, den 26. Febr. d. J. nachm. 6 Uhr bei Gastwirt **Bastian, Kierspe-Bhf.**
Tagesordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung 1926.
2. Verschiedenes.
Kierspe, den 18. 2. 1927.
Der Vorsitzende des Vorstandes.

Modenschau
Lyon's illustrierte Monatszeitschrift für Heim und Gesellschaft.
In jedem Heft 100 einfache elegante Modelle für Frauen, Kinder, u. Backfischkleidung in vorzüglichen, teils farbiger Wiedergabe.
Geschmackvolle Handarbeiten für das schöne Heim.
Reich illustrierter Unterhaltungsteil.
Wertvolle Ratschläge für Küche u. Haus.
Rätselteil — Jugend-Ecke.
Preis pro Heft 60 Pfg., mit Schnittmusterbogen 70 Pfg.
Zu haben in allen Buchhandlungen Lyon-Filialen und vom Verlage
GUSTAV LYON
Berlin SO 16, Schmidstr. 19/20
Postcheckkonto Berlin Nr. 897

Kaufen Sie Ihre Tapeten bei mir
Weil meine riesige Auswahl mit besonderer Sorgfalt aus den Erzeugnissen von fünfzehn großen Tapetenfabriken zusammengestellt ist.
Weil ich Infolge meines großen Bedarfs außergewöhnliche Einkaufsvorteile genieße.
Weil ich nur gegen Barzahlung verkaufe und dadurch bedeutend billiger sein kann.
Weil Sie Geld sparen.
— Überzeugen Sie sich bitte durch —
zwanglose Besichtigung
TAPETENHAUS „HANSA“
Inhaber Max Müller
Lüdenscheid, Knapperstraße
3 Minuten vom Bahnhof.
Auswärtige Käufer erhalten bei Vorzeigung dieses Inserates Fahrtenentschädigung bis zu 10 Prozent des Kaufbetrages.

Rasier-Klingen-Messer-Kästen-Näpfe und Pinsel
Haarschneidemaschinen
empfehlen
Wilh. Bell jr., Halber.

Tanzschule in Kierspe!
Der bereits angekündigte **Tanz-Kursus** im Hotel **E. Bastian, Kierspe-Bhf.** beginnt am **Dienstag, 22. Febr.** abends 8 Uhr.
Weitere Anmeldungen daselbst höflichst erbeten.
W. Rech, Dortmund
Tanzlehrer.

Bei Husten, Asthma u. Verschleimung hilft garantiert
Husta-Glycin.
1/2 Fl. Mk. 0,90, 1/1 Fl. Mk. 1,60
Drogerie Carl Menke, Halber.
Drogerie Aug. Cordt, Schalksmühle

Herren evtl. Damen
finden guten Verdienst (auch nebenberuflich) durch den Verkauf von Bremer **Kaffee, Tee, Kakao** an Großverbraucher und zahlungsfähige Privatkundschaft.
Anfragen mit Angaben von Referenzen an **E. A. Spitta & Co., Bremen, Postfach 101.**

Capeten
von 20 Pfg. an
Glas, Farben, Lacke
Pinsel in allen Größen,
Weißquaste,
Bohnerwachs.
Aug. Brocke, Schalksmühle.
Erhielt heute eine Auswahl hochtragende sowie Schweine.
Carl Schmale, Halber, Tel. 23.

Sitzung
d. Gemeindevertretung
Schalksmühle
ist auf **Mittwoch, den 23. Febr. 1927** nachmittags 3 1/2 Uhr **verlegt.**
Halber, 18. Febr. 1927.
Der Amtmann.

Jugendliche Arbeiterinnen
für lohnende Accordarbeit zum Montieren für sofort gesucht.
Schmiele & Hedfeld, Halber.

Ein zuverlässiges erfahr.
Mädchen
wird gesucht zum 1. März d. J. von
Gust. Schröder, Schroeders-Herweg, Telefon 104 Amt Halber.

Brennholz
auf Dfenlänge geschnitten hat laufend abzugeben
Gebr. Karthaus, Bau- u. Möbelgeschäft, Halber.
Ein erstklassiges
Clavier
(Ciche)
billig zu verkaufen. Näheres u. Besichtigung
Restaurant Hüffer, Schalksmühle.